

**GREENPEACE**

Gruppe Mainz / Wiesbaden

# **Chronologie Projekt „Steinkohlekraftwerk Mainz“**

Eine Zusammenstellung von Susanne Ochse.

Greenpeace-Gruppe  
Mainz/Wiesbaden  
Ankertorstr. 2  
55252 Mainz-Kastel  
Tel. 06134-186934 AB  
[www.greenpeace.de/mainz-wiesbaden](http://www.greenpeace.de/mainz-wiesbaden)  
[mainz-wiesbaden@greenpeace.de](mailto:mainz-wiesbaden@greenpeace.de)

Stand: Mai 2007

## Vorwort

Der Neubau eines Steinkohlekraftwerks in Mainz weist politisch Besonderheiten auf, die andere Steinkohleprojekte nicht haben.

1. Der Betreiber, die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) sind je zur Hälfte im Besitz zweier kommunaler Stadtwerke aus der Region, der Stadtwerke Mainz (SWM) und der Stadtwerke Wiesbaden (ESWE).
2. Von den beiden kommunalen Energieversorgern ist immerhin einer, nämlich die SWM, noch zu 100% im Besitz der Stadt. Bei der ESWE hat sich die E.ON-Tochter Thüga bereits eingekauft (Thüga-Anteil 49,36%)
3. An dem Kraftwerk beteiligen will sich außerdem noch das Darmstädter Energieversorgungsunternehmen HSE. HSE war bis Anfang 2007 mit einem Drittel an der KMW beteiligt, hat aber seine Anteile inzwischen an SWM und ESWE verkauft. HSE will sich aber weiterhin mit einer 120-MW-Scheibe finanziell am Kohlekraftwerk beteiligen.
4. Die drei Städte Mainz, Wiesbaden und Darmstadt liegen nicht im selben Bundesland und haben deshalb verschiedene Kommunalverfassungen und verschiedene kommunale Wahltermine. Mainz liegt in Rheinland-Pfalz, Wiesbaden und Darmstadt in Hessen.
5. Die drei Städte werden völlig unterschiedlich regiert. Im Wiesbaden regiert „Jamaika“ (CDU, Grüne, FDP), in Darmstadt „Ampel“ (SPD, FDP, Grüne) und in Mainz die „ganz große Koalition“ (CDU, SPD, FDP).

Diese Chronologie schildert den politischen Prozess aus Sicht der Greenpeace-Gruppe. Weitere Informationen finden sich im Internet auf den Seiten der anderen Beteiligten, z.B.:

[www.kohlefreies-mainz.de](http://www.kohlefreies-mainz.de)

[www.aku-wiesbaden.de](http://www.aku-wiesbaden.de)

## April 2005

- Erstmals wird öffentlich, dass die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) in Mainz ein Steinkohlekraftwerk bauen wollen. Zur Zeit betreibt die KMW am Standort Mainz zwei Erdgaskraftwerke. Ursprünglich war geplant, das ältere dieser beiden Kraftwerke (Baujahr 1972) abzuschalten und durch ein neues Gaskraftwerk zu ersetzen. Doch weil die KMW befürchtet, dass die Gaspreise in den nächsten Jahrzehnten stärker steigen als die Steinkohlepreise, will man auf Steinkohle umschwenken.

## Mai 2005

- Die Grünen Mainz veranstalten eine gut besuchte Infoveranstaltung zum Kohlekraftwerk

## Juni 2005

- Das Greenpeace-Schiff Anna kommt im Rahmen der „Energy-Revolution-Tour“ durch Mainz. Mit Presserklärung und Flugblatt informiert Greenpeace auch über das geplante Kohlekraftwerk.
- Greenpeace MZ/WI demonstriert anlässlich der Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Mainz vor deren Gebäude. Der Mainzer OB Jens Beutel (SPD) bekommt den Bildband „Gletscher im Treibhaus“ überreicht mit der Bitte, sich im Aufsichtsrat (AR) für Klimaschutz einzusetzen.

..... (Pause)

## **Juli 2006**

- Der Aufsichtsrat der KMW beschließt den Bau des Steinkohlekraftwerks (750-800MW). Als weiterer Zeitplan wird genannt: Ausschreibung im Herbst 2006, Entscheidung für einen Anbieter im 1. Quartal 2007, Einreichung des Genehmigungsantrags Sommer 2007, Genehmigung Sommer 2008, dann sofort Baubeginn, Inbetriebnahme vor 2012, um noch in den Genuss der Neuanlagenregelung des NAP II zu kommen (d.h. kostenlose Zuteilung von CO2-Zertifikaten für moderne Steinkohlekraftwerk über 14 Jahre).

## **August 2006**

- Mit der Veröffentlichung eines kritischen Interviews mit dem Mainzer Physik-Professor Konrad Kleinknecht in der Mainzer Allgemeinen Zeitung (AZ) über die Auswirkungen des Kohlekraftwerks auf das Klima startet die öffentliche Debatte über das Projekt (mit ziemlicher Verspätung...)
- Der BUND Mainz lädt vermischte Umweltgruppen zu einem Treffen ein. Daraus bildet sich das Koordinationsgremium AKKW (Arbeitskreis Kohlekraftwerk), zunächst mit BUND MZ und WI, Lokale Agenda 21 MZ, Greenpeace MZ/WI, Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz. Später stoßen noch andere Gruppen dazu.

## **September 2006**

- Die SPD Mainz veranstaltet eine „Woche der Energie“ - Greenpeace MZ/WI fordert in einer PE zur Kehrtwende der SPD in Sachen Kohlekraftwerk

## **Oktober 2006**

- Die Greenpeace-Eisberg-Tour kommt in Mainz vorbei. An einem sonnigen Oktobersonntag schauen sich viele Menschen am Rheinufer die Klimaausstellung an. Mit Flugblättern und Infotafeln wird außerdem über das geplante Kohlekraftwerk informiert. In der Presseerklärung wird außerdem der Bezug zum lokalen Projekt hergestellt.
- Der AKKW beschließt, einen Einwohnerantrag an den Mainzer Stadtrat zu stellen, um die kommunalpolitische Debatte zu stimulieren. Dazu sind 2000 Unterschriften von Mainzer Einwohnern notwendig. Jede Gruppe übernimmt einen festen Anteil der Unterschriften. Der Einwohnerantrag muss als Empfehlung formuliert sein, an den OB und die weiteren Stadtratsmitglieder, die als Aufsichtsräte bei Stadtwerken und KMW tätig sind, sich dort gegen das Steinkohlekraftwerk und für klimafreundliche Alternativen einzusetzen. Denn der Stadtrat selbst kann nicht über das Projekt entscheiden. Dafür sind Vorstand und Aufsichtsräte zuständig.
- Produktion von fünf Ausstellungstafeln zum Klimawandel und zum geplanten Kohlekraftwerk für den Greenpeace-Stand.

## **November 2006**

- Pressekonferenz von Greenpeace MZ/WI, BUND und BI KoMa auf der der Einwohnerantrag vorgestellt wird. Teilnehmende Medien: 4 Zeitungen, 2 Radios, 1 x Fernsehen.
- Produktion eines Banners mit dem Spruch „Bürger gegen Kohlekraft“

- Am folgenden Wochenende Infostand in der Stadt zur Eröffnung der Unterschriftensammlung. Es läuft zäh. Nur wenige Leute kommen an den Stand zum Unterschreiben, ohne dass man sie anspricht. Von denen, die man anspricht, sind viele Shopper nicht aus Mainz und daher nicht unterschiftsberechtigt. Mit sechs Personen schaffen wir in 5 Stunden 120 Unterschriften. Das wird viel Arbeit, die 2000 zusammenzubekommen.....

## Dezember 2006

- Presseerklärung „Kohlekraftwerke sollen für Verschmutzung zahlen“ aus Anlass des Streits zwischen Eu-Kommission und Bundesregierung über die Neuanlagenregelung beim Emissionshandel, die neuen Kohlekraftwerken die CO<sub>2</sub>-Zertifikate für 14 Jahre schenken will.
- Die BI KoMa führt diverse Gespräche mit Lokalpolitikern von SPD und CDU.
- Die Stadt Mainz lädt die Bürger zu einer Informationsveranstaltung mit Experten in Kurfürstliche Schloss. Mehrere hundert Leute füllen den Saal. Greenpeace MZ/WI demonstriert mit Taucher, Badewanne und dem Spruch „Mit Kohle geht das Klima baden“. Auch der BUND und KoMa sind mit Transpartenten vor Ort. Die Mitarbeiter der Stadtwerke und die Gewerkschaft Verdi demonstrieren mit 400 Leuten (damit stellen sie die große Mehrheit der Veranstaltungsbesucher).
- Greenpeace-Aktion im Schwimmbad der Wiesbadener Stadtwerke ESWE, die sich auch am Kohlekraftwerk beteiligen. Vier Leute springen mit dem Banner „Mit ESWE geht das Klima baden“ ins Becken. Die ESWE versucht, die Kamera mit dem Foto (leider unscharf) beschlagnahmen zu lassen.
- Greenpeace-Infostand im Mainzer Stadtteil Gonsenheim zum Unterschriftensammeln. Wir haben uns abgesprochen: die BI KoMa sammelt in der Innenstadt, wir in den Stadtteilen. BUND und FWG/ÖDP unterstützen personell.
- Greenpeace-Infostand an der Uni – dort läuft das Sammeln viel besser.

## Januar 2007

- Die interne Zählung aller Gruppen ergibt Anfang Januar 1500 Unterschriften. Wir beschließen einen Endspurt und die Abgabe Mitte Januar, um noch am 30. Januar auf die Tagesordnung des Stadtrats zu kommen.
- 2x Greenpeace-Infostand zum Unterschriftensammeln.
- Wir erfahren, dass die Industriebetriebsräte Mainz schon im Dezember ihren eigenen Einwohnerantrag gestartet haben – pro Kohlekraftwerk.
- Die Industriebetriebsräte übergeben dem Mainzer OB Jens Beutel (SPD) mehr als 2000 Unterschriften.
- Drei Mainzer Experten aus der Bereich Erneuerbare Energien stellen in der Presse ein Alternativ-Konzept für das Kohlekraftwerk vor, dass zur Hälfte auf dezentralen Biogasanlagen und zur Hälfte auf einem zentralen Biomassekraftwerk in Mainz beruht.

- Die nächste Unterschriftenzählung der Kraftwerksgegner ergibt 4000 Unterschriften. Es treffen auch immer mehr volle Listen per Post ein.
- Die Wiesbadener SPD versäumt es, für die im März anstehende Direktwahl des Oberbürgermeisters ihren Kandidaten anzumelden. Der komplette Vorstand tritt zurück. Der Interimsvorstand (inkl. eines Ex-Umweltministers des Landes Hessen) beschließt, sich inhaltlich zum Thema Kohlekraftwerk zu profilieren (dem „europäischen Zentrum zum Verheizen chinesischer Kohle“ wie sie es bezeichnen). Plötzlich ist das Kohlekraftwerk auch in Wiesbaden Thema! Und die SPD ist auf der einen Seite des Rheins total pro Kohle und auf der anderen total kontra Kohle.
- Wiesbadens grüne Umweltdezernentin Rita Thies fordert per Brief vom Mainzer OB Jens Beutel ein Planungsmoratorium für das Kohlekraftwerk, um ökologische Alternativen prüfen zu können.
- Die Fraktionen des Mainzer Stadtrats legen in Fraktionssitzungen ihre Position fest. Die SPD ist klar für Kohle, die Grünen und ÖDP/FWG klar dagegen. Die CDU streitet intern am heftigsten, legt sich aber doch mit klarer Mehrheit pro Kohle fest ebenso wie die FDP. Sowohl SPD als auch CDU fordern jedoch von der KMW „Kompensationsmaßnahmen“ wie Ausbau der Fernwärme und ein stärkeres Engagement der KMW im Bereich erneuerbare Energien (von einer wirklichen Kompensation der 3,6 Mio. CO<sub>2</sub> des Kohlekraftwerks kann natürlich keine Rede sein....)
- Die Umweltgruppen übergeben dem OB ca. letztendlich 5200 Unterschriften gegen das Kraftwerk – und einen Beutel voll Steinkohle.
- Brief an alle 60 Mainzer Stadträte gemeinsam mit BUND und der BI KoMa. Der Antrag wird den Abgeordneten offiziell zugesandt, die Argumente nochmal dargelegt und Gespräche angeboten (keine Reaktion von niemand.... - war zeitlich einfach zu spät).
- Die Wiesbadener Grünen machen eine Informationsveranstaltung zum Thema Kohlekraftwerk. Ein Vertreter der Linken Liste Wiesbaden fragt in der Diskussion, ob die Grünen im Stadtrat gegen das Kraftwerk stimmen würden. Gemeinsam mit SPD, Linker Liste und Bürgerliste hätte man nämlich eine Mehrheit (die Frage geht irgendwie unter....) Nach der Veranstaltung deuten die Grünen an, dass es in der Wiesbadener Jamaika-Koalition aber eine Mehrheit für ein Planungsmoratorium geben könnte.
- Stadtratssitzung in Mainz mit Haupttagesordnungspunkt Kohlekraftwerk. Vor dem Rathaus demonstrieren die Grünen und KoMa sowie die Kraftwerksmitarbeiter. Beide Einwohneranträge (pro und kontra Kohlekraftwerk) werden von den Initiatoren in 15 Minuten Redezeit vorgestellt. Danach Reden der Fraktionen.
- Während der Mainzer Stadtratssitzung kursiert plötzlich eine Presseerklärung der Wiesbadener SPD: die KMW plane intern bereits ein wesentlich größeres und teureres Kraftwerk. Auf Nachfragen versuchen OB Beutel und Stadtwerke Chef Höhne den Vorwurf abzubügeln, die Debatte laufe auf Basis nicht mehr aktueller Zahlen. Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag pro Kraftwerk 44 Stimmen, der „Kontra“-Antrag erhält 16 Stimmen.

## Februar 2007

- In den nächsten Tagen Tumult in Presse und Politik: ist der Stadtrat hintergangen worden? Denn die KMW will sich tatsächlich in der AR-Sitzung in der kommenden Woche von ihren

Aufsichtsräten ein erhöhtes Investitionsbudget genehmigen lassen (z.B. für ein 823 MW-Kraftwerk statt für 750-800 MW). Das geht aus einem internen Papier hervor, dass an die Presse gelangt ist. Die CDU Mainz macht zwei Sonderfraktionssitzungen, bei einer wird ebenfalls ein Moratorium gefordert, nach Beschwichtigung durch den Mainzer Stadtwerke-Chef Höhne ist man dann doch wieder für's Kraftwerk.

Die KMW kündigt Strafanzeige gegen unbekannt an wegen der Veröffentlichung ihres internen Papiers.

- Dann kommt die Woche der Entscheidungen:  
Die Wiesbadener Stadtwerke ESWE haben am Dienstag Aufsichtsratssitzung und beschließen, auf ein Moratorium zu drängen.  
Am Mittwoch beschließt der Aufsichtsrat der Mainzer Stadtwerke mit einer Gegenstimme, der KMW das Investitionsbudget wie gewünscht zu erhöhen.  
Am Donnerstag beschließt auch der Wiesbadener Stadtrat eine Empfehlung für ein Planungsmoratorium. Und zwar fast einstimmig!!  
Am Freitag gibt der Aufsichtsrat der KMW grünes Licht für die Erhöhung des Investitionsbudgets. Auch der AR-Vorsitzende, der Mainzer OB Diehl (CDU) stimmt dafür und ignoriert die Empfehlung des Wiesbadener Stadtrats. Die Darmstädter HSE stimmt allerdings dagegen (Überraschung! in der Mainzer Presse wird das auch nicht erwähnt, nur in der Darmstädter).
- Die HSE verkünden, man hätte sich innerhalb der KMW zerstritten – nicht über Ökologie und Ökonomie des Kohlekraftwerks, sondern darüber, wieviel Strom aus dem Kraftwerk die Anteilseigner zu Selbstkostenpreise und wieviel sie zu Marktpreisen kaufen müssen. Die HSE wolle deshalb alle Anteile an der KMW verkaufen. Die Hälfte habe man den Mainzer Stadtwerken bereits verkauft, die andere Hälfte jetzt der ESWE angeboten. Man finanziere aber weiterhin eine „Scheibe“ von 120 MW des Steinkohlekraftwerks und bekomme anteilig diesen Strom dann auch zum Selbstkostenpreis. Ansonsten plane man den Einstieg in ein Gaskraftwerk im bayerischen Irsching und den Bau eines Biomassekraftwerks.
- Der Darmstädter OB Hoffmann (SPD) äußert sich erleichtert über den Ausstieg der HSE aus dem Kohlekraftwerk (da hat er wohl was falsch verstanden). In Darmstadt wird das Thema danach in der Öffentlichkeit so behandelt, als sei KMW-Ausstieg = Kraftwerksausstieg.
- Die Wiesbadener SPD fordert den freiwilligen Rücktritt oder die Abberufung von OB Diehl aus dem Aufsichtsrat der KMW, weil Diehl das Stadtratsvotum für ein Moratorium mißachtet hat.
- Beim AKKW-Koordinationsstreifen nach dem Bürgerantrag werden als nächste gemeinsame Aktionen eine Demonstration im Mai und eine Informationsveranstaltung zum Genehmigungsverfahren beschlossen.
- Die SPD-Wiesbaden veranstaltet im Rahmen des OB-Wahlkampfes eine Podiumsdiskussion „Pro und Kontra Kohlekraftwerk“. Sowohl der Vertreter der Pro-Seite (der Mainzer Stadtwerke Chef Höhne) als auch der Vertreter der Kontra-Seite (Eurosolar-Chef Herrmann Scheer) sind SPD-Mitglieder.
- Um nicht zurückzustehen, veranstaltet der Wiesbadener (Noch)-OB Diehl ebenfalls eine Podiumsdiskussion zum gleichen Thema – mit fast den gleichen Experten, die im Dezember in Mainz aufgetreten sind.

Nach dem turbulenten Wochen Ende Januar/Anfang Februar tritt eine Pause ein (außerdem ist Fassenacht an Rhein und Main, da ist die Kommunalpolitik anderweitig gebunden).

## **März 2007**

- Mitte März gibt die KMW bekannt, dass mit Siemens Power Generation eine Generalunternehmer-Vereinbarung über ein 823-MW-Steinkohlekraftwerk geschlossen worden sei. Der Lieferumfang für die Schlüsselgewerke wird mit 940 Mio. Euro angegeben. Der Wirkungsgrad werde 46% betragen, der Brennstoffnutzungsgrad bei 200 MWth Fernwärmeauskopplung ca. 60%.  
An die Kraftwerksgegner wird die Botschaft ausgesandt: jetzt sind die Fakten geschaffen, das Kraftwerk ist bestellt. Widerstand ist ab sofort zwecklos.
- Der CDU-Kandidat Helmut Müller gewinnt die OB-Direktwahl in Wiesbaden.
- Der Mainzer Stadtrat erteilt eine Rüge an KMW und Stadtwerke wegen deren mangelhafter Informationspolitik im Januar.

## **April 2007**

- ESWE übernimmt die Hälfte der HSE-Anteile an der KMW. Das Kartellamt hatte im März grünes Licht für die Umschichtung der Anteile gegeben. Jetzt gehören SWM 50,1% und ESWE 49,9% der Aktien (genau 50:50 geht nicht, weil es eine ungerade Anzahl von Aktien gibt).

## **Mai 2007**

Im Mai kommt das Thema Kohlekraftwerk auch öffentlich wieder aus der Versenkung (in der es seit Januar ein bißchen verschwunden war):

- Der Wiesbadener Stadtrat beschließt mit den Stimmen der Jamaika-Koalition und der SPD, einen Anwalt zu beauftragen, um das Genehmigungsverfahren zu begleiten. Es ist innerhalb der Jamaika-Koalition unklar, ob der Auftrag an den Anwalt ist, tatsächlich zu versuchen, das Kraftwerk zu verhindern.
- Angeführt vom Physik-Professor Kleinknecht schreiben 49 Professoren von Hochschulen in Mainz, Wiesbaden und Darmstadt einen Offenen Brief gegen das Kraftwerk an die OBs der drei Städte. Unter ihnen ist auch der Nobelpreisträger Paul Crutzen, der am Max-Planck-Institut in Mainz arbeitet. Die Professoren werben auch ausdrücklich für die Demonstration am kommenden Samstag. Die drei OBs reagieren und bieten den 49 Professoren ein Gespräch an.
- Luftballon-Aktion von Greenpeace und der BI KoMa: am Morgen der Demo um 5.30 Uhr wird das Geländer der Rheinbrücke mit 250 blauen Luftballons dekoriert (Aufschrift: Klimaschutz statt Kohleschmutz).
- Zur Demo kommen ganz viele Leute! Rund 800 Teilnehmern von Wiesbaden aus und 1.700 Leute von der Mainzer Seite treffen sich bei sonnigem und windigem Wetter auf der Brücke. Die Polizei hatte nicht wirklich mit so viel Leuten gerechnet und gab an Journalisten die Devise aus „mehr Teilnehmer als erwartet“. Super-Stimmung bei allen. Sehr gute Medienresonanz in Zeitungen, Radio, Regional-Fernsehen.